

Haushaltsrede 2020

Dilemma. Zwickmühle. Das trifft leider auf die Finanzlage der Kommune Leinfelden-Echterdingen zu. Einerseits sinken die Einnahmen, also die Steuereinnahmen. Andererseits steigen die Ausgaben, allen voran Personalkosten, Baukosten sowie Aufwendungen für den Erhalt der Bausubstanz. Das Dilemma: Nun könnte der Gemeinderat die Gewerbesteuer erhöhen, was nicht zielführend ist, weil die Firmen abwandern, was zur Folge hat, dass die Steuereinnahmen sinken. Der Gemeinderat könnte auf der anderen Seite weniger Personal einstellen oder Leute entlassen, weniger Geld in Gebäude investieren. Doch auch diese Möglichkeit scheidet aus, weil eine Verwaltung kein Wirtschaftsunternehmen ist und Pflichtaufgaben erfüllen muss, rund zwei Drittel der Ausgaben sind kaum beeinflussbar. Die Zahlen haben Sie mehrfach vernommen, auch ich habe leider keine anderen vorliegen. Aus dieser Aufgabenstellung lässt sich ableiten, dass wir bei den Ausgaben, allen voran den Investitionen, einen klaren Blick benötigen, welcher geprägt sein sollte durch umfassende wie korrekte Informationen und passgenaue Prognosen in der Gegenwart. Die Frage lautet also: Wie soll sich Leinfelden-Echterdingen einwickeln? Welche Aufgaben sind heute zwingend anzuschieben, um eine Stadt zu bekommen, wie wir sie haben möchten – bei Bildung und Betreuung, bei der Mobilität, in der Wirtschaft und im Handel sowie in Kultur und Sport.

Bauen

Unsere Fraktion steht groß angelegten Sanierungsmaßnahmen extrem kritisch gegenüber, weil wir feststellen mussten, dass sämtliche Kostenprognosen stets übertroffen worden sind. Dies mag mit an der boomenden Baukonjunktur liegen, an dem aus unserer Sicht ungeeigneten Zwangsmodus der europaweiten Ausschreibungen sowie an Ursachen, die sich unserem Einblick entziehen. Wir wollen nicht kategorisch ausschließen, dass wir jemals für eine Sanierungsmaßnahme stimmen – dogmatische Entscheidungen sind unsere Politik nicht – aber wir werden sämtliche Sanierungen extrem kritisch hinterfragen. Beim neuen Teil des Rathauses Echterdingen jedoch steht unsere Meinung längst fest: Wir werden einer Sanierung keinesfalls zustimmen. Dieses aus Sicht der Arbeitsplatzanforderungen überholte Gebäude hat Vergangenheit, aber keine Zukunft. Also der Blick nach vorn. Wir sind überzeugt, dass eine Neukonzeption an dieser Stelle sinnvoll ist. Wobei sich im Anschluss die Frage stellt: Muss in einem neuen Gebäude ausschließlich die Verwaltung untergebracht sein? Wir meinen: Nein. Ein Bürgerbüro ist zweifellos nötig, ein Ort an dem die Bürgerinnen und Bürger Amtsgänge erledigen können, aufgrund der Digitalisierung wird dieser Bereich aber in den kommenden Jahren mehr und mehr abnehmen. Darüber hinaus halten wir es sinnvoller, die Verwaltung an einem anderen Ort zusammenzuführen.

In einen Neubau könnte die Volkshochschule einziehen, die händeringend nach Räumen fahndet, auch die Musikschule hat einen Mehrbedarf an Räumen angemeldet – warum den Bedarf der Einrichtungen nicht im Herzen von Echterdingen erfüllen? Dort, wo das örtliche Leben pulsiert. Neben einem Bürgerbüro könnte im Erdgeschoss ein Gastronomiebetrieb einziehen, man könnte den Kirchplatz aufwerten, der mit Ausnahme von Stadtfesten und Wochenmärkten ein unbeachtetes Dasein fristet. Dabei ist er ein Schatz, auch aus wirtschaftlicher Sicht: Fragen Sie doch mal den Betreiber des Wirtshauses in der Burgstraße ... Und noch etwas zum Thema

Aufwertung: Der oft verwaiste Neue Markt in Leinfelden würde attraktiver, wenn dort regelmäßig der Wochenmarkt stattfinden würde.

Lassen Sie uns weiter denken, was sich im Sanierungsgebiet Echterdingen Mitte verändern könnte. Unter dem Neubau könnte eine Tiefgarage entstehen, eine mit modernen Parkbuchten und übersichtlicher Verkehrsführung. So würde ein zusätzliches Parkraumangebot entstehen, damit böte sich die Chance, die Bernhäuser Straße in eine Zone „Shared Space“, eine Fußgängerzone light, zu verwandeln. Denn der Hauptgrund, der ein solches Ansinnen bislang verhindert hat, war die massive Befürchtung der Gewerbetreibenden, dass ohne ausreichende Zahl an nahen Parkplätzen die Attraktivität des Einkaufsstandortes ins Bodenlose fiel. Wir nehmen diese Stimmen ernst und meinen: Mit ausreichend Parkraum würde eine extrem verkehrsberuhigte Zone sowie eine Neuordnung der gesamten Straße den Standort aufwerten. Und nur am Rande: Das Kopfsteinpflaster in der Bernhäuser Straße sowie auf dem Kirchplatz ist bekanntlich so marode, dass ältere Menschen befürchten, dort zu stürzen, zudem ist es nicht Rollator-geeignet. Letzten Endes nicht mehr zeitgemäß.

Schulen/Kitas

Bei unseren Schulen haben wir hohen Entscheidungsdruck, abgesehen von zahlreichen Instandhaltungen und Sanierungen: Ein neuer Grundschulstandort in Echterdingen ist mittelfristig unabdingbar, so haben es die Ergebnisse der Klausurtagung 2018 gezeigt. Wir haben den Erweiterungen der Goldwiesen- und Zeppelinschule zugestimmt, aber energisch darauf hingewiesen, die Planung für eine neue Schule nicht in der hintersten Schublade zu verstauen und erst in fünf Jahren wieder ans Licht zu holen. Blicken wir also erneut voraus: Ein Neubau in den Goldäckern wäre aus unserer Sicht der richtige Ort, am PMH-Gymnasium könnte ein Schulcampus wie in Leinfelden entstehen. Dort existieren Sportstätten sowie eine Schwimmhalle, zudem ist der ÖPNV-Anschluss vorhanden. Dieser Standort kommt auch deshalb infrage, weil durch die Aufsiedlung Schelmenäcker und die mögliche Bebauung Hinterwiesenäcker in Leinfelden dieser Schulstandort von dort gut zu Fuß und mit dem Rad erreichbar wäre. Unsere Gedanken enden nicht damit. Gerade wegen der guten Erreichbarkeit sehen wir dort mehr als eine Grundschule. Wir könnten Räume für Vereine und andere Organisationen schaffen, es ist hinlänglich bekannt, dass Leinfelden-Echterdingen unter massiver Raumknappheit leidet – dies hat nicht erst der sogenannte Ringerstreit zutage gefördert. Erlauben Sie den Exkurs. Das Erteilen der Schlüsselgewalt über den sogenannten Ringerraum hat die Stadt in eine Zwickmühle gestürzt und zu Unzufriedenheit auf allen Seiten geführt – aus unserer Sicht vor allem, weil der Vergabemodus „alt vor neu“ kein probates singuläres Kriterium für eine solche Entscheidung darstellt. Daher müssen wir gewappnet sein. Wir schlagen vor, die Belegungspläne werden weiterhin zwischen den Vereinen und der Stadt erarbeitet, sollten aber Uneinigkeiten entstehen oder gar massive Streitigkeiten und sind Schlichtungsgespräche erfolglos, soll es künftig der Entscheidung des Gemeinderates obliegen, welcher Verein die Schlüsselgewalt erhält.

Nun kehre ich zurück zur Vision Goldäcker. Hier könnte demnach mehr entstehen als nur eine Schule – und warum sollte dies nicht auch ein Ort sein, an dem die Kernverwaltung gebündelt wird? Zwischen Leinfelden und Echterdingen, um die Historie zu bemühen, wäre es eine salomonische Entscheidung bei all den latenten Bevorzugungs- und Benachteiligungs-Befindlichkeiten, die noch immer in so manchen Köpfen (auch hier im Gremium) stecken, geht es um unsere beiden großen Stadtteile.

Nun bauen wir nicht nur Schulen, sondern vor allem auch Kitas. Die Erweiterung des Sternkinderhauses ist kaum abgeschlossen, geht es im Aicher-Layhweg weiter und an der Stangenstraße ist der nächste Neubau geplant. Wir fragen uns: Ist es nicht möglich, die Kitas in einer Art Baukastensystem – passend zum Spieltrieb der Kinder – zu erstellen? Bezüglich der Räume und Raumgrößen gibt es Vorgaben, die für alle gleich sind, so dass es möglich sein müsste, Kitas von der Stange zu bauen, die lediglich in der Gruppenszahl variieren. So könnten wir Planungskosten minimieren und hätten auch die Baukosten weitgehend im Griff. Und nötige Erweiterungen könnten schnell von der Stange gekauft und realisiert werden. Natürlich müssen diese Projekte ausgeschrieben werden, aber die Kriterien kann man so abfassen, ich bin überzeugt, wir haben in der Verwaltung gewitzte Köpfe, dass nur jene Anbieter infrage kommen, die mit dem in Leinfelden-Echterdingen vorhandenen System vertraut sind.

Für das Hallenbad Leinfelden sind 22 Millionen Euro eingestellt, jedoch erst ab 2022. Noch funktioniert das Bad leidlich, und fraktionsübergreifend herrscht der Konsens, dass unsere Stadt ein Hallenbad benötigt. Warum sollten wir warten, bis die Technik aufgibt und wir das Bad von heute auf morgen schließen müssen. Warum erst dann die Pläne aus der Schublade ziehen? Ist es nicht klüger, mit dem Neubau zu beginnen, wenn das alte Bad noch in Betrieb ist? Beispielsweise neben dem aktuellen Standort? Sobald das neue Bad in Betrieb geht, wird das alte abgerissen und der Stadtgarten dort neu angelegt. Wir meinen, wir sollten sofort mit den Vorbereitungen für den Neubau beginnen, damit wir 2021 den Spatenstich vornehmen können.

Wohnen

Raum ist ein hohes Gut und extrem knapp, damit sind wir beim Wohnraum. Der dringend benötigte Wohnraum lässt sich zeitnah nicht umsetzen. Grundstückskosten steigen, die Baukosten ebenfalls – wir halten den Schritt der Stadt, rund neun Millionen Euro für den Grundstückankauf in den Haushalt einzustellen, für absolut notwendig. Erschwerend für eine zügige Umsetzung kommt hinzu: Die Zahl der Bauvorschriften hat sich seit 1990 vervierfacht und liegt aktuell bei etwa 20.000. Immer wieder erneuerte Brandschutzauflagen, gestiegene energetische Anforderungen, steuerliche Vorgaben – all dies macht Wohnraum teurer. Erst vergangene Woche berichtete die Presse, dass Leinfelden-Echterdingen bei der Kaufpreisentwicklung für Wohneigentum an Platz zwei in der Region rangiert (hinter Möglingen): Um 22,2 Prozent ist Wohneigentum seit 2017 teurer geworden. Innerhalb von zwei Jahren! Den Immobilienmarkt in seiner Inflations-Hysterie zu bremsen, darin sind wir freilich überfordert, dies muss die Aufgabe der Politikerinnen und Politiker in Berlin sein. Auch ob eine Mietpreisbremse ein probates Mittel wäre, ist hier kaum zu diskutieren. Zurück nach Leinfelden-Echterdingen. In der Stadt ist es wichtig, bei der Schaffung von Wohnraum, an alle Bevölkerungsschichten zu denken, von den finanziell Schwachen bis zu den Doppelverdienern mit Kindern. Wir halten aber nichts davon vorzuschreiben, wieviel Prozent in jedem zu erschließenden Wohngebiet von der Kommune gefördert werden sollte, um bezahlbaren Wohnraum für Eigentümer wie Mieter zu schaffen. Im Handlungsprogramm Wohnen haben wir uns darauf geeinigt, bis 2030 insgesamt 2000 neue Wohnungen zu bauen, von denen vier Prozent entsprechend zu fördern sind.

Und: Lassen Sie uns Wohnbau neu denken, wenn der Baugrund rar ist und wir nicht in die Fläche gehen wollen. Bebauungspläne können angepasst werden, indem wir künftig etwas mehr in die Höhe gehen – freilich nicht wie Frankfurt am Main. Denken wir nach über das Errichten von

Wohnungen überm S-Bahn-Trog oder für integriertes Wohnen und Arbeiten, beispielsweise in einer Modellsiedlung in den Rötlesäckern, wo wir Startups ansiedeln können und Studenten – und nicht zuletzt die städtischen Angestellten. Wäre der Arbeitgeber Leinfelden-Echterdingen nicht deutlich attraktiver, wenn beim Vorstellungsgespräch zum Job auch eine bezahlbare Wohnung angeboten werden könnte? Beim Wohnungsbau gilt freilich, die Auswirkungen auf den Verkehr mitzudenken und ausgearbeitete Pläne zu besitzen.

Verkehr

Eine Million Euro sind im Haushalt eingestellt für die Osttangente Leinfelden, östlich des Industriegebietes bis zur Echterdinger Straße. Es tut sich allmählich etwas und zwar drei Jahre nachdem sich der Gemeinderat mit breiter Mehrheit für den Bau der Straße ausgesprochen hat. Die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam, was viele Unternehmen ebenfalls kritisieren. 2026 soll die Straße dann in Betrieb gehen, neun Jahre nach dem Beschluss – und das auch nur dann, wenn alles reibungslos abläuft. Die Entlastung unserer Stadtteile vom MIV ist ein existenzielle Frage, die wir beantworten müssen: Wie beegnen wird ihm? Wir haben Anfang des Jahres einen Antrag eingebracht, eine Machbarkeitsstudie für Teil III der Nord-Süd-Straße (Echterdinger Straße – B27 alt) in Auftrag zu geben. Aussitzen und darauf vertrauen, dass bald nur noch emissionsarme und leise E-Autos durch Leinfelden-Echterdingen rollen, hilft uns nicht weiter. Der Verweis auf die anstehende Mobilitätswende nützt in der Echterdinger Hauptstraße den lärm- und abgasgeplagten Bürgern nichts, wir müssen bereit sein, die Probleme von heute auch heute zu lösen und nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Der steht erst 2050 im Kalender. Doch die Ansiedlung von Daimler in Unteraichen kommt nächstes Jahr, dort entstehen 2000 Arbeitsplätze, unweit jenseits der Autobahn entsteht in Vaihingen die Allianz-Zentrale mit gut 10.000 Arbeitsplätzen. Auch diese Beschäftigten werden nicht alle mit der Bahn, dem Rad oder zu Fuß zur Arbeit gelangen. Eine Seilbahn oder eine Hochbahn von der Autobahn-Anschlussstelle Leinfelden bis nach Vaihingen, das sind charmante innovative Ideen, denen man sich zumindest nicht kategorisch verschließen sollte. Was also ist zu tun? Erst auf die Auswüchse reagieren? Klug wäre das nicht. Wir müssen jetzt Dinge in die Wege leiten, Gespräche führen mit den Kommunen der Region, vor allem mit Stuttgart.

Apropos Stuttgart. Die Landeshauptstadt arbeitet bekanntlich daran, den Autoverkehr peu a peu aus ihrer Gemarkung zu verbannen, die Menschen sollen mit Bussen und Bahnen zur Arbeit ein- und wieder auspendeln. Nun kommen jedoch viele Beschäftigte, die etwa in Walddorf-Häslach keine Schienenanbindung haben: Sie sollen im Speckgürtel der Stadt ihre Fahrzeuge in P+R Parkhäusern abstellen und auf die Bahn umsteigen. Schön und gut, aber hat uns jemand gefragt? Leinfelden-Echterdingen muss in Echterdingen ein Parkhaus unterhalten, in dem Menschen parken, die nicht aus der Stadt kommen und die zum überwiegenden Teil auch nicht hier arbeiten. An uns bleiben die Kosten wie der Verkehr hängen, das P+R-Parkhaus in Echterdingen macht 2020 einen Verlust von 340.000 Euro. Vielen Dank. Wir erwarten, dass die Verwaltung diese eklatanten Missstand kommuniziert und darauf hinweist, dass wir nicht mehr bereit sind, sämtliche Lasten zu tragen. Für die S-Bahn ist die Region zuständig, wir sind der Meinung: Die Region muss ebenfalls dafür Sorge tragen, dass die Infrastruktur geschaffen und erhalten wird, damit Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen.

Ein kurzes Wort zu Stuttgart 21. Kürzlich wurde im Gemeinderat eine Stellungnahme zum Planungsabschnitt 1.3b abgegeben, darin geht es um die bis zu 62 Regional- und Fernzüge, die

täglich auf den 7,5 Kilometern zwischen Flughafen und Rohrer Kurve über die Gleise in unserer Gemarkung fahren werden. Das bedeutet: Die ÖPNV-Ader, die uns mit Stuttgart verbindet, die Menschen dazu bringen soll, vom Auto auf die Schiene umzusteigen, diese Ader wird mit noch mehr Verkehr an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht. Taktverdichtung? Ade. Pünktlichkeit? Schwierig. Das Umsteigen wird unattraktiv – es scheint uns, es predigen manche Leute Wein und verteilen abgestandenes Wasser. Im Sinne einer Bewusstseinsänderung bei der Nutzung der Verkehrsträger ist diese Maßnahme kontraproduktiv, daher soll die Stadt beharrlich darauf drängen, den Regional- und Fernverkehr auch mit Stuttgart 21 auf der intakten Gäubahn-Trasse zu belassen, um uns (und der gesamten Filder) der Entwicklungsmöglichkeiten im S-Bahn-Verkehr nicht gänzlich zu berauben. Auch der Filderstädter OB hat erst kürzlich seine ernsthaften Sorgen kommuniziert.

Kommen wir zum ÖPNV in unserer Stadt. Kürzlich hat der Gemeinderat beschlossen, an einem Pilotprojekt eines 3-Euro-Tickets teilzunehmen. Wir freuen uns darauf, aber das sollte nicht das Ende unserer Bemühungen sein. Wir können uns vorstellen, ein Ein-Euro Ticket einzuführen, das für Leinfelden-Echterdingen gilt oder auch über die Stadtgrenzen hinaus. Selbst ein völlig kostenloser ÖPNV ist aus unserer Sicht denkbar, die 44.000-Einwohner-Kommune Monheim in NRW ist hierin Vorreiter. Ab April 2020 sind die Tickets umsonst. Was wir schon heute vollziehen könnten: Die Monatskarten für junge Menschen, die an Schulen in unserer Stadt unterrichtet werden, kostenlos auszugeben.

Einige Sätze zu der Linienführung von Bussen muss ich in diesem Zusammenhang leider noch verlieren. Die Liste Engagierte Bürger hatte einst gefordert, einen Pendelbus zwischen Bahnhof Leinfelden und Echterdingen Hinterhof einzurichten – als ÖPNV-Bindeglied, bis die Stadtbahnlinie U5 wieder nach Echterdingen fährt, was vor 2030 kaum passieren dürfte. Es wurde auf Verwaltungsseite reagiert. Überreagiert. Stattdessen wurde eine Minibus-Linie eingeführt, wobei das Fahrzeug meist leer durch Leinfelden Süd und Echterdingen West gondelt, weil die Streckenführung bzw. die Fahrzeiten unattraktiv sind. Der aktuelle Status ist aus unserer Sicht absolut sinnlos, weil er ausschließlich Kosten (für unsere Stadt entstehen keine, das ist mir bekannt) und keinen Nutzen verursacht – ich lasse dabei den Arbeitsplatz der Fahrer außer Acht. Wenn wir weg wollen vom MIV, benötigen wir attraktive Verbindungen.

Mitbestimmung

Das Wort Transparenz wird häufig bemüht, geht es um Verwaltungsakte. Mitbestimmung ist ein zweites Wort, das seit einigen Jahren immer wieder fällt – und spricht man mit der Verwaltungsspitze, hört man die Antwort: Wir beteiligen die Bürgerinnen und Bürger doch. Wir machen Info-Abende, Stadtpaziergänge, runde Tische. Das ist zutreffend. Aber wir fragen: Wer legt fest, zu welchen Themen und wann runde Tische ins Leben gerufen werden? Wer bestimmt, wer an diesen Tischen sitzt? Wer bestimmt, was mit den Ergebnissen geschieht? Dies tut bislang die Verwaltung. Soll heißen: Die Bürgerinnen und Bürger sind dem guten Willen der Kommune ausgeliefert, ob und wenn ja, in welcher Form, sie beteiligt werden bei einer Entscheidungsfindung. Wir meinen: Leinfelden-Echterdingen benötigt ein Grundgesetz für die Mitbestimmung. Paragraphen, die festlegen, wann die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, welche Menschen aktiv organisiert teilnehmen und in welcher Form diese Beteiligung von statten geht. Keine Frage: Am Ende des Prozesses steht die Entscheidung des Gemeinderates als

demokratisch gewähltes Gremium. Aber auf diese Weise haben alle Bürgerinnen und Bürger, die von dieser Entscheidung betroffen sind, die größtmögliche Transparenz im Prozess.

Darüber hinaus sollten wir ein Online-Portal einrichten, auf dem kommunalpolitische Themen gelesen und diskutiert werden können. Es genügt nicht, monatlich eine Bürgerfragestunde im Gemeinderat abzuhalten – in unserer digitalen Welt läuft viel im Netz. Ein Internet-Portal, auf dem die Menschen direkt mit der Verwaltung und den Stadträten kommunizieren können, wo sie Fragen stellen können und zeitnah eine Antwort erhalten. Auch über die Vorlagen der verschiedenen Gremien sollte im Netz diskutiert werden können.

Klima

In dieser Sitzung dürfte der Gemeinderat beschließen, das Klimaschutzkonzept von 2010 fortzuschreiben und zu aktualisieren. Damals waren 33 Maßnahmen formuliert worden, es sind bis heute acht komplett sowie weitere fünf teilweise umgesetzt worden – was mit daran lag, dass viele der Vorschläge nicht speziell auf unsere Stadt zugeschnitten waren. Unserer Fraktion geht es künftig darum, sinnvolle Maßnahmen zu erkennen, zu diskutieren und die Erkenntnisse daraus umzusetzen. Es geht darum, messbare Erfolge vorweisen zu können. Allein das Ausrufen des Klimanotstandes bringt niemanden weiter. Daher sind wir dem Vorhaben der Verwaltung nicht abgeneigt, einen Klima-Manager (Managerin) einzustellen, der/die sich ressortübergreifend in der Stadt für die Klimaschutzziele stark macht, der/die Missstände sowie Potenziale erkennt, diese kommuniziert und Maßnahmen erarbeitet.

Allgemeines

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben Sie nicht auch immer wieder das Gefühl, ihr Tag sollte 48 Stunden haben? Weil Sie an manchen Tagen zwei Termine haben, weil Sie in einer Woche manchmal sechs Termine haben. Weil die Anforderungen und die selbst gesteckten Ansprüche an die Gemeinderatsarbeit für einen Ehrenamtler kaum noch zu koordinieren sind mit Beruf und Privatleben. Daher machen wir einen aus unserer Sicht überfälligen Vorstoß: Wir fordern, den Gemeinderat zur Kommunalwahl 2024 auf 32 Mitglieder zu erweitern. Städte vergleichbarer Größe mit rund 40.000 Einwohnern besitzen ein so großes Gremium, beispielsweise Filderstadt, Bietigheim-Bissingen und Nürtingen. Kirchheim/Teck beschäftigt sogar 37 Stadträtinnen und Stadträte. Wir plädieren dafür, das Gremium aufgrund der gestiegenen Aufgaben- und Terminfülle zur Kommunalwahl 2024 wieder auf 32 Mitglieder zu erhöhen. Damit die kommunalpolitische Arbeit noch fundierter erfolgen kann.

Schlusswort

Uns ist bekannt, dass sich diese Überlegungen nicht umsonst realisieren lassen. Wir haben in der Klausurtagung vor Augen gehalten bekommen, dass wir – streichen wir nicht ein großes Vorhaben wie etwa den Hallenbad-Neubau oder die U-5-Fortführung nach Echterdingen – wir unsere Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht haben werden. Dann ist Ebbe im Stadtsäckel. Wird dann Stillstand sein? Nein, wir können uns kein Beharren auf dem Status Quo erlauben und nur

den Erhalt finanzieren. Leinfelden-Echterdingen muss sich entwickeln, das Leben steht nicht still. Unsere Aufgabe wird sein, Prioritäten zu setzen, also darum zu ringen, was nötig und wichtig ist und auf was wir verzichten müssen. Und lassen Sie mich das zum Abschluss feststellen: Unsere Fraktion ist durchaus bereit, für extrem wichtige Aufgaben in die Verschuldung zu gehen. Freilich mag der Kernhaushalt der Stadt aktuell schuldenfrei sein, doch als Konzern betrachtet mit Stadtwerken und Filderhalle steckt unsere Kommune bereits im Soll.

Dank

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die dafür sorgen, dass Leinfelden-Echterdingen weiterhin die schönste Seite der Filder bleibt.

Anträge

1. Wir beantragen eine Information über den Stand der Dinge in Sachen Grundschul-Neubau Echterdingen
2. Der Wochenmarkt Leinfelden ist für die Dauer von drei Jahren auf den Neuen Markt zu verlagern: Dann sollen die Erfahrungen analysiert werden und ggfs. die Fortsetzung der Maßnahme auf unbefristete Zeit beschlossen werden
3. Die Verwaltung soll eine Grundsatzänderung ausarbeiten über die Neuordnung des Vorgehens bei Streitigkeiten von Vereinen/Organisationen über die Schlüsselgewalt bei städtischen Räumen
4. Wir beantragen eine Vorlage/Information über die Möglichkeiten eines sogenannten Baukasten-Systems bei der Erstellung von Kitas
5. Es sind die Maßnahmen einzuleiten für den Neubau des Hallenbades Leinfelden, damit dort 2021 der Baubeginn erfolgen kann
6. Wir bitten die Verwaltung darzustellen, wie in Beschlussvorlagen und Ausschreibungsprozessen berücksichtigt werden kann, dass bei sämtlichen Bauvorhaben klimafreundlich bzw. klimaneutral gebaut wird sowie wie alternative Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, Integratives Wohnen, genossenschaftliches Wohnen, usw.) umgesetzt werden können
7. Die Verwaltung soll einen Gedankenaustausch/eine Diskussion suchen mit der Stadt Stuttgart wegen Industriegebiet Leinfelden und Vaihingen-Wallgraben. Eine Einladung von OB Kuhn bzw. hochrangigen Vertretern der Stuttgarter Verwaltung in den Gemeinderat soll erfolgen
8. Die Verwaltung soll eine Kommunikations-Offensive P+R-Parkhäuser gegenüber der Region erarbeiten, in denen der Grundsatz bekräftigt werden muss, dass Leinfelden-Echterdingen nicht mehr bereit ist, alle diesbezüglichen Lasten alleine zu tragen
9. Die Verwaltung soll Informationen beschaffen zum Gratis-Ticket der Stadt Monheim sowie von Informationen über kostenlose ÖPNV-Tickets. Frage: Wäre dies in Leinfelden-Echterdingen umsetzbar?
10. Die Linienführung der Stadtbus-Linie (Leinfelden Süd/Echterdingen West) ist zu überarbeiten
11. Die Verwaltung soll ein Grundgesetz für Mitbestimmung in Leinfelden-Echterdingen erarbeiten; etwa das Einführen von bestimmten Regeln, wann welche Aktionen der

Mitbestimmung anzuwenden sind, welche Art der Veranstaltungen notwendig ist und welche Personengruppen zu beteiligen sind.

12. Im Internet ist ein städtisches Online-Portal einzurichten, auf dem Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt in Kontakt treten können, um kommunalpolitische Fragen zu erörtern. Einstellen der Vorlagen für GR, TA und VKS in dieses Portal
13. Der Gemeinderat ist zur Kommunalwahl 2024 auf 32 Mitglieder zu erhöhen.